

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**09.09.2017 /19.20-19.50 Uhr**  
**10.09.2017 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Eskalation im Nordkorea-Konflikt – falsche Hoffnungen durch Raketenabwehrsysteme?
- Wehrmachtssoldaten als Vorbilder für die Bundeswehr? Der Streit um die niedersächsische Lent-Kaserne
- Wahlaussagen zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr (Teil 3) – die Vorstellungen der Grünen und der FDP

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe. Im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es diesmal um folgende Themen:

- Eskalation im Nordkorea-Konflikt – falsche Hoffnungen durch Raketenabwehrsysteme?
- Wehrmachtssoldaten als Vorbilder für die Bundeswehr? Der Streit um die niedersächsische Lent-Kaserne. Und:
- Wahlaussagen zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr, Teil drei – diesmal berichten wir über die Vorstellungen der Grünen und der FDP

Machthaber Kim Jong Un provoziert mit seinen Raketen- und Atomtests weiterhin die Staatengemeinschaft. Nachdem Nordkorea Anfang des Monats offenbar eine Wasserstoffbombe getestet hat, droht eine Eskalation des Konflikts. Für die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, ist das Maß jetzt voll. In ihren Augen bettelt Kim Jong Un praktisch um Krieg:

### O-Ton Haley

„I must say: enough is enough [...] His abusive use of missiles and his nuclear threats show that he is begging for war.“

Pentagonchef Mattis informierte diese Woche schon einmal Präsident Trump über die militärischen Optionen der USA. Anschließend drohte der Ex-General in einem Statement Nordkorea mit einem massiven Militärschlag im Falle einer Bedrohung der USA oder der Verbündeten:

### O-Ton Mattis

„Any threat to the United States or its territories – including Guam – or our allies will be met with a massive military response – a response both effective and overwhelming.“

Es soll nun weitere Sanktionen geben. Die USA wollen Südkorea und Japan zudem massiv aufrüsten und modernste Waffentechnologien verkaufen. Der Blick richtet sich dabei vor allem auf Raketenabwehrsysteme. Doch halten diese komplexen Defensivwaffen auch das, was sich Militärs und Regierungen von ihnen versprechen? Bieten sie einen zuverlässigen Schutz gegen angreifende nordkoreanische Raketen? Diesen Fragen ist Jerry Sommer nachgegangen:

### Manuskript Jerry Sommer

Die US-Militärs halten ihre Raketenabwehrsysteme für zuverlässig: die Systeme Patriot und THAAD auf dem Land, und auf See sogenannte AEGIS-Kriegsschiffe mit „Standard-Missile 3“-Raketen, die gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen gerichtet sind. Und die 36 in Alaska und in Kalifornien aufgestellten „Ground-Based Interceptors“, die Interkontinentalraketen abfangen sollen. Aber deren Zuverlässigkeit ist sehr stark zu bezweifeln, sagt der Raketenexperte Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

### O-Ton Neuneck

„Die Raketenabwehr ist in Tests erprobt worden, aber selbst die Tests, die funktioniert haben, heißen nicht automatisch, dass sie unter Kriegsbedingungen tatsächlich anfliegende Sprengköpfe treffen können. Das hängt dann sehr stark von den Bedingungen ab. Technik kann auch versagen. Deswegen ist ein hundertprozentiger Erfolg der Raketenabwehr nicht gesichert.“

In Südkorea verfügen sowohl die dort stationierten US-Truppen als auch die südkoreanischen Streitkräfte über mehrere Patriot-Raketenabwehreinheiten. Die Patriot-Systeme sind in der Lage, relativ kleine Objekte und Flächen wie Flughäfen, militärische Stützpunkte oder Regierungsviertel zu schützen. Angreifende Kurzstreckenraketen mit einer maximalen Reichweite von 300 Kilometern könnten während ihres Landeanfluges zerstört werden. Allerdings besitzt Nordkorea etwa fünfhundert Raketen solcher Reichweite. Ein Schutz Südkoreas wäre mit den Patriot-Raketen deswegen nicht zu gewährleisten, sagt die Militärexpertin Michaela Dodge von der konservativen Washingtoner „Heritage“-Stiftung:

O-Ton Dodge (overvoice)

„Diese Raketenabwehrsysteme sind sehr nützlich, aber es gibt nicht genug. Nordkoreas Arsenal an Kurzstreckenraketen ist den US-Abfangwaffen quantitativ weit überlegen.“

Seit einigen Monaten haben die USA in Südkorea auch eine Einheit des THAAD-Raketenabwehrsystems aufgestellt. Diese besteht aus einem Radar, sowie aus sechs auf Lastwagen montierten Raketenwerfern mit insgesamt 48 Abschussvorrichtungen. Die THAAD-Abfangraketen haben mit 200 Kilometern eine größere Reichweite als die Patriot-Systeme. THAAD kann deshalb - im Prinzip - nicht nur Kurzstrecken-, sondern auch schneller und höher fliegende Mittelstreckenraketen bekämpfen und damit auch den größten Teil Südkoreas schützen. Allerdings gibt es gravierende Einschränkungen, sagt Götz Neuneck:

O-Ton Neuneck

„Diese Raketenabwehr ist in Richtung Norden ausgerichtet. Auch ist das Problem, dass es immer nur eine begrenzte Anzahl von Abfangraketen gibt und dass der Gegner nicht auf irgendwelche cleveren Gegenmaßnahmen kommt.“

Nordkorea entwickelt gegenwärtig auch U-Boot-gestützte Raketen, die Südkorea von Osten, Westen oder Süden angreifen könnten. Außerdem arbeitet Nordkorea daran, Sprengkopf-Attrappen zu entwickeln, um die Raketenabwehr zu täuschen. Dagegen wäre die in Südkorea stationierte THAAD-Einheit machtlos. Schließlich könnte Nordkorea in einem militärischen Konflikt auch seine tausenden grenznah stationierten Artilleriesysteme einsetzen und damit allein mit konventionellen Waffen verheerende Schäden sowohl in Seoul als

auch bei den in Südkorea stationierten US-Truppen anrichten. Gegen Artilleriefeuer gibt es keine Abwehrmöglichkeiten. Zehntausende, ja sogar hunderttausende würden in einem Krieg in Korea durch konventionelle Waffen sterben. Und wenn auch chemische Granaten und atomare Waffen zum Einsatz kämen, wäre die Opferzahl noch viel höher.

Vermutlich verfügt Nordkorea bereits über die Fähigkeit, nukleare Sprengköpfe für Kurz- und Mittelstreckenraketen herzustellen. Und die Raketentests der vergangenen Monate haben gezeigt, dass Pjöngjang versucht, Raketen mit größeren Reichweiten zu entwickeln. In Japan und auf der US-Insel Guam mitten im Pazifik befinden sich US-Militärstützpunkte. Diese können wohl schon jetzt mit nordkoreanischen Raketen erreicht werden. In wenigen Jahren könnte auch das US-Festland selbst in Reichweite von weiterentwickelten nordkoreanischen Raketen liegen.

In der südostasiatischen Region kreuzen sieben US-Kriegsschiffe, die mit dem sogenannten AEGIS-Raketenabwehrsystem ausgerüstet sind. Diese verfügen über Radarsysteme und Abfangraketen vom Typ „Standard Missile 3“. Mit diesen Raketen sind auch ein südkoreanisches und vier japanische Kriegsschiffe bestückt. Diese Abfangwaffen haben eine Reichweite von bis zu 1.000 Kilometern und können Mittelstreckenraketen in ihrer mittleren Flugphase auch außerhalb der Erdatmosphäre treffen. 80 Prozent der bisherigen Tests dieser Abfangrakete waren erfolgreich. Aber diese Versuche waren - wie auch die aller anderen Raketenabwehrsysteme – sorgfältig inszeniert und entsprachen nicht realen Einsatzbedingungen. Selbst die offizielle Pentagon-Behörde, die US-Waffensysteme bewertet, stellte fest: - Zitat:

Zitat

„Die Flugtests reichen noch nicht aus, um die ganze Bandbreite von möglichen Bedrohungen beurteilen zu können.“

Rüstungsexperte Kingston Reif von der Washingtoner „Arms Control Association“ warnt deshalb davor, sich auf die Standard Missiles 3 zu sehr zu verlassen:

#### O-Ton Reif (overvoice)

„Das System ist kein 100-prozentig sicherer Schutzschirm. Es kann überwunden werden. Noch haben zum Beispiel keine Tests bei schlechtem Wetter oder mit Sprengkopfatrappen stattgefunden, die die Abwehr täuschen sollen. Und bisher ist auch nicht sicher, ob verschiedene Radaranlagen mit unterschiedlichen Informationen gut genug vernetzt werden können.“

Kingston Reif hält es zum Beispiel für äußerst unwahrscheinlich, dass japanische oder US-Abfangraketen vom Typ „Standard Missile 3“ die nordkoreanische Mittelstreckenrakete hätten treffen können, die im vergangenen Monat in rund 500 Kilometer Höhe über Japan hinweg geflogen ist. Denn dazu hätten die AEGIS-Kriegsschiffe unter der Flugbahn der Rakete operieren müssen – wegen der begrenzten Reichweite der Abfangrakete, aber auch, weil deren Fluggeschwindigkeit geringer ist als die der nordkoreanischen Mittelstreckenrakete.

Die Chancen, eine nordkoreanische Rakete abzufangen, die auf Japan oder die US-Pazifik-Insel Guam gerichtet ist, dürften zwar besser sein. Denn deren Flughöhe ist zumindest in ihrer Anflugphase geringer. Und in Guam ist zusätzlich auch eine THAAD-Einheit stationiert. Aber einen wirklichen Schutzschild gibt es nicht. Dasselbe gilt auch für die in den USA stationierten gegen Interkontinentalraketen gerichteten „Ground-Based-Interceptor“-Systeme. Die Testergebnisse dieser Abfangrakete sind zudem viel schlechter, als die von THAAD- und „Standard Missile 3“-Raketen: Nur 10 von 18 Tests wurden vom US-Militär als erfolgreich eingestuft.

Aus der offensichtlichen Unzulänglichkeit der vorhandenen Raketenabwehrsysteme werden unterschiedliche Schlüsse gezogen. Michaela Dodge von der „Heritage“-Stiftung plädiert für Ausbau und Weiterentwicklung der Raketenabwehr:

#### O- Ton Dodge (overvoice)

„Wir müssen mehr Abfangraketen produzieren und aufstellen. Aber das ist keine langfristige Lösung. Wir müssen bei der Raketenabwehr in Zukunftstechnologien investieren, zum Beispiel in Laserwaffen“.

Die US-Regierung möchte die Ausgaben für die Raketenabwehr im nächsten Haushaltsjahr um fünf Prozent auf 7,9 Milliarden Dollar erhöhen – Repräsentantenhaus und Senat befürworten noch größere Steigerungsraten. Auch die japanische und die südkoreanische Regierung überlegen, zusätzliche Raketenabwehrsysteme in den USA zu kaufen. Die Rüstungsunternehmen, die diese Waffen produzieren, können sich freuen, sagt Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

#### O-Ton Neuneck

„Die Hersteller von Patriot, THAAD und anderen Systemen sind natürlich begeistert, wenn sich die Chance ergibt, solche Waffensysteme zu verkaufen. An der militärischen Lage ändert das aber nur wenig“.

Denn auch zusätzliche Raketenabwehrsysteme würden keinen vollständigen Schutz gewährleisten. Daher ist im Nordkorea-Konflikt eine militärische Lösung eigentlich undenkbar. Denn sie würde einen nordkoreanischen Gegenschlag provozieren – einen Vergeltungsschlag, der vermutlich nicht durch die eigenen Abwehrsysteme verhindert werden könnte. Und insbesondere, wenn mit Atomsprenköpfen bestückte Raketen den Abwehirschirm überwinden würden, wären die Folgen katastrophal.

Für Kingston Reif ist daher klar:

#### O-Ton Reif (overvoice)

„Notwendig ist ein starker diplomatischer Ansatz mit dem kurzfristigen Ziel, Nordkoreas Atomwaffen- und Raketentests zu stoppen und diese Programme einzufrieren. Eine vollständige Denuklearisierung ist in absehbarer Zeit einfach nicht realistisch. Nordkorea ist schon ein Atomwaffenstaat.“

Gegenwärtig ist US-Präsident Trump aber nicht bereit, die Forderung nach einer vollständigen Denuklearisierung Nordkoreas aufzugeben und in Verhandlungen einzusteigen. Vorerst bleiben deshalb nur zwei Hoffnungen: Dass die US-Administration nicht den Fehler begeht, Nordkorea militärisch anzugreifen. Und: dass Machthaber Kim Jong Un nicht zu der Auffassung kommt, ein US-

Angriff stünde bevor, um ihn zu stürzen und sein Regime auszulöschen. Denn in einem solchen Fall wäre mit nordkoreanischen Angriffen zu rechnen.

\* \* \*

### Flocken

Jerry Sommer berichtete.

Die Bundeswehr tut sich manchmal weiterhin schwer mit ihrem Verhältnis zur Wehrmacht. Noch immer gibt es Kasernen, die den Namen von früheren Wehrmachts-Soldaten tragen, die vom NS-Regime als Helden gefeiert wurden. Dabei gibt es einen mehr als 30 Jahre alten Traditionserlass, der doch eigentlich alles regelt, was traditionswürdig ist und was nicht.

Aber seit der Festnahme eines Bundeswehroffiziers, der unter dem Verdacht steht, Anschläge auf Flüchtlinge geplant zu haben, sieht Verteidigungsministerin von der Leyen auf mehreren Feldern Handlungsbedarf. Auch bei den Kasernen-Namen. Allerdings wollen die Soldaten und auch die Kommunalpolitiker nicht immer so, wie die Ministerin. Streit gibt es beispielsweise um den Namen der niedersächsischen Lent-Kaserne in Rotenburg (Wümme). Charlotte Horn hat sich dort umgesehen:

### Manuskript Charlotte Horn

#### Atmo Lent-Kaserne

Auf dem breiten Schild steht in großen Buchstaben „Lent-Kaserne“. Direkt an der Einfahrt zur Bundeswehr-Kaserne an der Bundesstraße 71. Seit über 50 Jahren erinnert der Name an Helmut Lent. Pilot der Wehrmacht, der gegen Ende des Zweiten Weltkrieges für seine Abschüsse feindlicher Bomber damals wie ein Held gefeiert wurde. Für die einen Erinnerungswürdig, ein Vorbild. Für die anderen ein Nazi, dem man kein Denkmal setzen sollte. Das denkt auch Manfred Damberg vom Linken-Kreisverband in Rotenburg (Wümme):

### O-Ton Damberg

„Lent ist ein Nazi, der in der damaligen Zeit bei Adolf Hitler eine herausragende Rolle gespielt hat...und ich kann überhaupt nicht verstehen: wir haben einen Traditionserlass, der im Grunde ganz klar und deutlich sagt, dass die Namen solcher Leute nicht mehr an eine Kaserne gehören. Und jetzt kaspern wir hier immer noch mit solchen Sachen um. Das ist eigentlich unglaublich...“

In den 1960er Jahren ist die Kaserne nach Helmut Lent benannt worden. Seit 1982 gibt es den Traditionserlass der Bundeswehr, der Regeln zum militärischen Traditionsverständnis der Soldaten aufzeigt. Wörtlich heißt es dort:

### Zitat

„Kasernen und andere Einrichtungen können mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben.“

Für die Umbenennung von Kasernen braucht es die Initiative der Truppe vor Ort. Eingebunden werden auch Kommunalpolitiker. Das Verfahren sieht einen Entscheidungsprozess von unten nach oben vor. Am Ende muss das Ministerium zustimmen – oder den neuen Namen ablehnen. In Rotenburg nahm die Mehrheit der Menschen jahrelang keinen Anstoß an dem Namen Helmut Lent. Allerdings gab es schon immer Kritiker – wie auch Manfred Damberg von der Linken.

### O-Ton Damberg

„Es ist so, dass der Druck von hier aus der Region, dass das Ganze so bleibt wie es ist, sehr sehr groß ist. Das darf man nicht unterschätzen. Das wird von außen nicht gesehen.“

Die Befürworter einer Umbenennung konnten vor einiger Zeit schließlich eine Debatte über den Kasernennamen in Gang setzen. Im vergangenen Jahr diskutierte der Stadtrat von Rotenburg (Wümme) und beschloss dann mehrheitlich: der Kasernen-Name soll erhalten bleiben. Im Frühjahr dieses Jahres stimmte dann die Vertretung der Soldaten der Lent-Kaserne ab und kam zu dem gleichen Ergebnis. Doch genau zu dieser Zeit gab es in der Öffentlichkeit eine Diskussion über rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr und den Umgang mit der Wehrmacht. Der Grund war die Festnahme eines Oberleutnants, der in der Bundeswehr ein Doppelleben führte, sich als syrischer Flücht-



ling ausgab und offenbar einen Terroranschlag verüben wollte. Bei den Aufklärungsbemühungen zeigte sich zum Verdruss der Verteidigungsministerin, dass sich in zahlreichen Bundeswehr-Einrichtungen Wehrmachtsdevotionalien befanden.

Ursula von der Leyen warf der Bundeswehr in einem Vortrag vor dem Reservistenverband im Mai daher Inkonsequenz im Umgang mit der eigenen Tradition vor. Und sie machte ausdrücklich deutlich, was sie von dem Namen Lent-Kaserne und dem Namen einer anderen Kaserne im schleswig-holsteinischen Appen hält:

#### O-Ton von der Leyen

„Wir verbannen zu Recht Wehrmachtshelme aus der Stube. Doch am Tor der Kaserne stehen nach wie vor Namen wie Hans-Joachim Marseille oder Helmut Lent. Beide Namensgeber sind nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr. Sie gehören zu einer Zeit, die für uns nicht vorbildgebend sein kann.“

Also doch eine indirekte Vorgabe der Ministerin? Keine Entscheidungsfreiheit der Soldaten und Kommunalpolitiker vor Ort? Die Truppe ist verunsichert. Ins Mikrofon möchte niemand von der Lent-Kaserne etwas sagen. Und wie reagierten die Kommunalpolitiker? Im Juni trat der Kreistag von Rotenburg (Wümme) zusammen. Das Ergebnis dieser Abstimmung: Die Mehrheit bittet das Verteidigungsministerium in ihrem Beschluss von einer Umbenennung der Lent-Kaserne abzusehen. Und auch Rotenburgs Bürgermeister Andreas Weber von der SPD ist enttäuscht über das Hin und Her der Ministerin. Erst solle die Region selbst zu dem Kasernennamen Stellung nehmen und nun werde die vor Ort gefällte Entscheidung im Ministerium nicht zur Kenntnis genommen, so Bürgermeister Weber:

#### O-Ton Weber

„Jetzt ist eine Bundestagswahl auch dazwischen gekommen. Mag sein, dass man sich vielleicht im Verteidigungsministerium momentan nicht entscheiden möchte, weil es dann vielleicht eine Auswirkung, ob positiv oder negativ, das weiß ich nicht, ggf. auf den Ausgang einer Wahl haben könnte. Aber ich bin schon ein bisschen insofern enttäuscht, dass, wenn wir aufgefordert werden hier vor Ort, einen Prozess anstoßen und eine klare Meinung dazu formulieren, dass bislang noch keine Entscheidung getroffen worden ist.“

Das Verteidigungsministerium hält sich also zurück. Aber warum? Eine Sprecherin teilt auf Anfrage von NDR Info mit – Zitat:

#### Zitat

„Ein abschließendes Votum der Soldatinnen und Soldaten, die an dem Meinungsbildungsprozess am Standort Rotenburg (Wümme) beteiligt sind, liegt bisher nicht vor. Eine Bewertung und Positionierung des BMVg wird nach Abschluss des Meinungsbildungsprozesses noch im laufenden Jahr erfolgen.“

Aus Sicht der Betroffenen ist der Meinungsbildungsprozess vor Ort allerdings abgeschlossen. Ist das Ministerium möglicherweise lediglich mit der Entscheidung, an dem Namen Helmut Lent festzuhalten, nicht einverstanden? Die CDU-Bundestagsabgeordnete für den Kreis Rotenburg, Kathrin Rösel, sagt, die Verteidigungsministerin habe ihr im vergangenen Herbst noch persönlich zugesagt, die Region dürfe selbst über den Kasernennamen entscheiden. Das sei aber eben Stand letzten Jahres gewesen, so Kathrin Rösel:

#### O-Ton Rösel

„Es gibt natürlich auch Stimmen die sagen: jetzt wird so lange abgestimmt, bis das Ergebnis passt. Das wird nicht passieren. Es gibt ganz klare Aussagen. Die werden auch so stehen bleiben und ich werde mich ganz klar dafür einsetzen, dass das auch Gültigkeit hat - auch nach der Neubewertung des Traditionserlasses. Aber wie gesagt: Es sind zwei völlig unterschiedliche Sachlagen im letzten Jahr und das, was in diesem Jahr zu der neuen Diskussion führt.“

In Rotenburg und auch in anderen Kasernen wollen die Soldaten daher jetzt erst mal die Überarbeitung des Traditionserlasses von 1982 abwarten. Ob der Erlass dann aber konkrete Aussagen zur Namensgebung von Kasernen enthalten wird, ist nach Angaben des Verteidigungsministeriums derzeit nicht absehbar. Für die CDU-Bundestagsabgeordnete Kathrin Rösel ist aber klar: die Truppe und die Region identifiziere sich mit der Lent-Kaserne. Allein die Tatsache, dass Lent kein Mitglied der NSDAP gewesen sei, zeige seinen Widerstand gegen das NS-Regime, so Kathrin Rösel.

Dem widerspricht der Militärhistoriker Wolfram Wette, denn Wehrmachts-Mitglieder durften laut Wehrgesetz bis 1944 nicht Mitglieder einer Partei sein. Nach Ansicht von Wette kann Helmut Lent kein Vorbild für Bundeswehr-Soldaten sein. Die alte Last der Wehrmacht wirke bis heute. Der emeritierte

Professor bezeichnet das Prozedere um die Umbenennung von Bundeswehr-Kasernen als Witz. Die Entscheidung der Basis zu überlassen, widerspreche den Prinzipien des Militärs. Der Historiker empfiehlt eine Entscheidung von oben, denn:

#### O-Ton Wette

„Wer etwas verhindern will, der fragt die sogenannte militärische Basis, die es ja eigentlich gar nicht gibt. Denn der ganze Apparat funktioniert nach dem Prinzip Befehl und Gehorsam und die Soldaten werden, um nicht negativ aufzufallen, auch immer das machen, was sie meinen, dass die Offiziere das wünschen.“

Und die wollen offenbar, dass an dem Kasernennamen Lent festgehalten wird. Klar ist aber trotzdem: Das letzte Wort hat die Verteidigungsministerin. Und Ursula von der Leyen, die es sonst immer besonders eilig hat, ihre Vorhaben umzusetzen, will sich in dieser Frage und auch bei der Überarbeitung des Traditionserlasses diesmal etwas mehr Zeit lassen.

Ob die Rotenburger Kaserne also auch in Zukunft Lent-Kaserne heißen wird, ist ungewiss. Für den Kommunalpolitiker der Linkspartei, Manfred Damberg, muss die Bundeswehr-Einrichtung unbedingt umbenannt werden. Er schlägt Wümme-Kaserne als neutralen Namen vor. Doch Bürgermeister Weber ist dagegen. Man müsse ein kritisches Geschichtsbewusstsein fördern. Gleichzeitig räumt der SPD-Politiker ein, würde man die Kaserne heute neu benennen, würde man sich wohl nicht erneut für Helmut-Lent als Namensgeber entscheiden.

#### O-Ton Weber

„Das würde deswegen nicht passieren, weil man heute an die Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr in diesem Bezug erinnern würde. Sondern dann würde man sich vermutlich eher Menschen oder Namen aussuchen, die eine Tapferkeitsmedaille oder so etwas bei der Bundeswehr erhalten haben, für Dinge, die sie geleistet haben. Oder ggf. auch für Menschen, die im Krieg umgekommen sind, um daran zu erinnern. Das wäre wahrscheinlich dann heute vordringliches Ziel.“

Die Neufassung des Traditionserlasses wird Ende des Jahres erwartet. Dann könnten die Rotenburger auch endlich Gewissheit bekommen, ob das Ministerium ihre Entscheidung genehmigt, den Namen Lent-Kaserne zu behalten. Das

hängt aber auch davon ab, wer nach der Bundestagswahl an der Spitze des Verteidigungsministeriums stehen wird.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Charlotte Horn. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

In zwei Wochen ist es soweit, dann wird ein neuer Bundestag gewählt. Anlass für uns zu fragen, welche Positionen die größeren Parteien haben, wenn es um die Sicherheitspolitik und die Bundeswehr geht. Die Aussagen der Unionsparteien, der SPD sowie Linkspartei und AfD haben wir bereits vorgestellt. Heute nun geht es zum Abschluss um die Wahlprogramme der Grünen und der FDP. Christoph Prössl hat ihre Programme unter die Lupe genommen.

### Manuskript Prössl

Unter der Überschrift „Welt im Blick“ fassen die Grünen in ihrem Parteiprogramm all die Punkte zusammen, die ihnen im Bereich Außen- und Verteidigungspolitik wichtig sind. Es geht um Europa, Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte, um einen fairen Handel und um die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Das Programm ist insgesamt umfangreich und für den Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik erst recht. Die Grünen befürworten die beharrliche Diplomatie, mit der es gelungen sei, ein Abkommen mit dem Iran zu schließen. Für die Partei ein Beleg dafür, dass echter globaler Wandel und kollektive Sicherheit nur gemeinsam und kooperativ erreicht werden könne. Und besonders klar schreiben die Grünen zu Russland und Präsident Putin:

### Zitat

„Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen an der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen.“

Die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA nennen die Grünen „unberechenbar“ und werfen ihm vor, gemeinsames Handeln zu untergraben, weil Trump die Klimakrise leugnet und die Genfer Konvention in Bezug auf Hilfe für Geflüchtete und dem Verbot von Folter missachtet.

Trotzdem wollen die Grünen die transatlantischen Beziehungen stärken – vor allem durch Kontakte mit der Zivilgesellschaft und Bundesstaaten. Und auch die NATO bleibt wichtig:

#### O-Ton Brugger

„Weil es da auch um Rückversicherung geht, weil es darum geht, jetzt gerade angesichts der verschlechterten Sicherheitslage in Europa zu schauen, dass man auch Partner unterstützt, denen auch Rückversicherung gibt. Dass man auch die Ängste ernst nimmt, die beispielsweise die Menschen im Baltikum haben.“

Sagt die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Agnieszka Brugger. Doch die Partei lehnt auch Beschlüsse der Allianz ab, beispielsweise die Vereinbarung des Gipfels in Wales. Darin heißt es, die Mitgliedsländer sollten sich dem Ziel annähern, zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben.

#### O-Ton Brugger

„Wenn wir daran interessiert sind, uns für Frieden, Sicherheit und Stabilität auf der Welt zu engagieren, dann sind die Vereinten Nationen der richtige Ort dafür, gerade auch mit ihren breiten multidimensionalen Missionen, die oft polizeiliche, militärische und auch zivile Komponenten haben. Und aus meiner Sicht sollten die europäischen Staaten nicht versuchen, es Herrn Trump recht zu machen und die zwei Prozent möglichst schnell zu erfüllen, sondern gerade diese Kürzungen, für die er bei den Vereinten Nationen gesorgt hat, jetzt mit auffangen und sich dort stärker engagieren.“

Die Grünen haben in der zu Ende gehenden Legislaturperiode fast geschlossen für die Entsendung deutscher Soldaten nach Mali im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen MINUSMA gestimmt. Umstrittener ist der Einsatz in Afghanistan. Die Skepsis ist groß, dass das militärische Engagement dort zum Ziel führen könnte.

Die Grünen wollen die Krisenprävention stärken, ein Feld, das in der öffentlichen Wahrnehmung in der zweiten Reihe steht, für die Grünen aber besonders

wichtig ist. Sie plädieren dafür, mehr Polizeibeamte in Krisenregionen zu schicken und mehr Geld für Projekte auszugeben, die Kriege verhindern, zum Beispiel in dem rechtsstaatliche Strukturen gestärkt werden.

Die Europäische Union soll öfter mit einer Stimme sprechen, gerade im Bereich Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. In diesem Sinne ist das Wahlprogramm ein Bekenntnis zur Europäischen Union.

Rüstungsexporte wollen die Grünen einschränken. Die Bundeswehr soll eine Ausrüstung haben, mit der sie ihre Aufgaben erledigen kann. Das war und ist bislang nicht immer der Fall. Im Wahlprogramm steht dazu nicht mehr viel, aber in der zu Ende gehenden Legislaturperiode kritisierten die Grünen mehrere große Rüstungsvorhaben. Beispielsweise den Kauf weiterer Korvetten. Vor allem aber, weil zwei Haushaltspolitiker von CDU und SPD aus dem Norden den Deal eingefädelt haben. Die Grünen kritisierten, dass es keine Ausschreibung gegeben hat. Und dann war da noch die Debatte um Drohnen:

#### O-Ton Brugger

„Kampfdrohnen wurden wie kaum eine andere Waffe in so einem Ausmaß völkerrechtswidrig eingesetzt und haben auch die Kriegsführung in der Vergangenheit massiv verändert, es ist zu sehr hohen zivilen Opferzahlen gekommen.“

Die FDP nennt ihr Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik „Freiheit und Menschenrechte weltweit“.

Die Liberalen bekennen sich in ihrem Programm zur westlichen Wertegemeinschaft Europa – USA:

#### Zitat

„Die transatlantischen Beziehungen, die auch Belastungen aushalten, sind eines der großen friedensstiftenden Elemente in Europa und der Welt. (...) Die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten hat Fragen aufgeworfen, seine ersten Maßnahmen haben auch Irritationen ausgelöst. Doch aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen US-Regierung darf kein Antiamerikanismus werden.“

Steht im Wahlprogramm. Die NATO ist den Freien Demokraten wichtig. Die Allianz sei ein konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis. Deswegen trage

die Partei auch die Beschlüsse von Wales und Warschau mit, das heißt auch die Vereinbarung, den Verteidigungsetat Richtung zwei Prozent anwachsen zu lassen. Alexander Graf Lambsdorff, Europaabgeordneter der FDP, der für den Bundestag kandidiert:

#### O-Ton Graf Lambsdorff

„Als FDP sagen wir, dass wir die Frage Sicherheit und Stabilität in einem größeren Zusammenhang diskutieren müssen. Vorab gesagt: Die Bundeswehr ist dramatisch unterfinanziert und ja, wir wollen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten die beste Ausrüstung bekommen für ihre Einsätze, aber für uns ist nicht entscheidend, ob das jetzt genau zwei Prozent sind.“

Lambsdorff wirbt für ein Konzept, das Stabilität und Sicherheit in einem größeren Zusammenhang definiert. Dafür könnte eine Bundesregierung unter liberaler Beteiligung dann drei Prozent ausgeben.

#### O-Ton Graf Lambsdorff

„Aber dann ist Diplomatie dabei, da ist Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigungspolitik dabei, also mit anderen Worten: ein umfassenderer Stabilitätsbegriff.“

Das FDP-Wahlprogramm listet eine Reihe aktueller Konflikte und die Position der Freien Demokraten dazu auf. Russland: Präsident Putin soll die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim beenden. Türkei: Die Europäische Union soll die Beitrittsverhandlungen offiziell einstellen. Brexit:

#### O-Ton Graf Lambsdorff

„Der Brexit ist etwas, was wir als FDP bedauern. Aber auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit erlaubt er uns jetzt, wirklich die Fortschritte zu machen, für die wir als Liberale schon seit Jahren eintreten. Und deswegen freut es mich, dass es gelungen ist, eine Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsunion aufs Gleis zu setzen. Wir wissen schon seit Obama, dass die Amerikaner sich viel stärker auf den pazifischen Raum konzentrieren. Wir können aber nicht ausschließen, dass es bei uns nicht mal zu einer Krise kommt, die den Einsatz von Militär erfordert. Und dann ist es richtig, wenn die Europäer das gemeinsam machen.“

Die FDP fordert eine Reform der Europäischen Union für mehr Transparenz und Effizienz. Die Entwicklungshilfe soll auf europäischer Ebene besser verzahnt werden. Krisenprävention: Ja, mehr deutsche Polizisten für internationale

Einsätze. Das sei eine gute Investition für unsere Sicherheit, sagt Graf Lambsdorff.

Die Reformen von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen lobt Graf Lambsdorff ausdrücklich. Die Bundeswehr brauche eine gute Ausrüstung und müsse ein attraktiver Arbeitgeber sein. Am Ziel sei die Ministerin aber noch lange nicht. Und Stichwort Krisenmanagement oder das Verhältnis vieler Soldatinnen und Soldaten zur Ministerin:

#### O-Ton Graf Lambsdorff

„Ich habe nicht verstehen können, wie Frau von der Leyen der gesamten Bundeswehr ein Haltungsproblem unterstellen konnte, weil einige durchgeknallte Rechtsradikale in irgendeiner Kaserne Hitler-Devotionalien haben.“

In jeder großen Organisation wie der Bundeswehr gebe es Personen, die nicht auf dem Boden der demokratischen Ordnung stünden. Da könne man keine Verallgemeinerungen machen.

\* \* \*

#### Flocken

Ein Bericht von Christoph Prössl.

Weitere Informationen auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort finden Sie auch die Interviews mit Alexander Graf Lambsdorff und Agnieszka Brugger, sowie die Sendung als Podcast. Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.